

Herr Ministerpräsident
Winfried Kretschmann
Staatsministerium
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart

Karlsruhe, 19. Juli 2020

Ermittlungsmethoden und politische Reaktionen bzgl. der Ausschreitungen in Stuttgart

Sehr geehrter Ministerpräsident Kretschmann, lieber Winfried,

die Reaktionen auf die Krawallnacht in Stuttgart haben mittlerweile in eine Richtung geführt, die wir keinesfalls mittragen können. Es steht völlig außer Frage, dass die Ausschreitungen und Plünderungen juristisch aufgearbeitet und den Geschädigten schnell geholfen werden muss.

Inzwischen konzentrieren sich Politik und Polizei in der öffentlichen Wahrnehmung hauptsächlich auf einen möglichen Migrationshintergrund der Tatverdächtigen, in den (sozialen) Medien ist eine Debatte entbrannt, die an dunkle Zeiten erinnert. Statt den klar rassistisch geprägten Fragen der CDU im Gemeinderat Einhalt zu gebieten, kündigt der Polizeipräsident Nachforschungen bei den Standesämtern nach der Herkunft der Eltern an. Auch wenn der Begriff "Stammbaumforschung" so nicht gefallen ist, ist die Intention klar.

Gemäß Wortlautabschnitt aus der besagten Gemeinderatssitzung teilt Polizeipräsident Lutz mit: "[...] 24 der 39 Tatverdächtigen sind deutsch. Deutsch wird definiert, wenn mindestens, ein Migrationshintergrund wird definiert, wenn mindestens ein Elternteil ausländischer Nationalität wäre, oder der Betroffene selber als ausländischer Staatsbürger geboren würde. Deswegen - meine weiteren Ausführungen da dazu: 11 von diesen 24 sind - haben gesichert einen Migrationshintergrund. [...] Bei weiteren 11 deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund steht dieser Migrationshintergrund noch nicht gesichert fest. Ich habe Ihnen gerade die Definition genannt. Und das bedeutet letztendlich Recherchen bundesweit bei den Standesämtern, um letztendlich diese Frage festzustellen. [...] wenn Sie sich die Videos anschauen, dann wird dort aus - sind auch sehr viele Tonaufnahmen dabei, wie soll ich es jetzt formulieren, schwäbisch hören Sie da wenig, um es einfach mal so zu formulieren."

Statt sich auf den Sachverhalt zu konzentrieren, werden mögliche Migrationsbiografien der Eltern der Tatverdächtigen in den Fokus gerückt. Es ist schlicht nicht vorstellbar, wie unter diesen Umständen vorurteilsfrei ermittelt werden soll. Dass diese mehr als fragwürdige Methode keine Aufgabe der Polizei ist, bemerkt Polizeipräsident Lutz selbst in der Gemeinderatssitzung: "Das ist nicht primär polizeiliche Aufgabe in Ermittlungsverfahren, sondern ist jetzt im Prinzip genau diesem Verfahren hier in Stuttgart geschuldet, dass diese Ermittlungen so geführt werden."

Auch der Direktor des Instituts für Kriminologie der Uni Tübingen, Jörg Kinzig, hält die geplante Abfrage der Nationalität der Eltern nicht für die eigentliche Aufgabe der Polizei. Für den Kriminalpsychologen Thomas Bliesener ist die Begründung für das Vorgehen der Stuttgarter Polizei, die angebliche Präventionsarbeit, ebenfalls nicht haltbar.

Und auch mit Blick auf den Datenschutz ist das Vorgehen der Polizei zweifelhaft, so Stefan Brink, oberster Datenschützer in Baden-Württemberg. Deutliche Kritik an der Herkunftsabfrage kommt auch vom Deutschen Anwaltverein (DAV): *"Das ist klassisches Racial Profiling, das mit dem neutralen Aufklärungsgrundsatz zu einem so frühen Zeitpunkt von Ermittlungen kaum zu vereinbaren ist."*

Es ist schlimm genug, dass die Ermittlungsmethoden rassistisch geprägt und rechtlich höchst fragwürdig sind. Doch die Aussage *"Ich kann kein Fehlverhalten der Polizei erkennen"* und der Auftrag an Innenminister Strobl präzisere Auskünfte einzuholen (*"Wenn das bestimmte Milieus sind, die jetzt aus Migrant*innen-Communities oder so kommen - das sind wichtige Dinge, mit denen kann man dann was anfangen."*) sind ein herber Rückschlag im urgrünen Kampf gegen Rassismus.

All diese jüngsten Entwicklungen rund um die Ausschreitungen in Stuttgart sind Wasser auf die Mühlen von Rassist*innen und Ausdruck einer weiteren Verschiebung des öffentlichen Diskurses nach rechts - und die grün-geführte Landesregierung trägt diesen Stil offensichtlich mit. Wir erwarten von einer Grünen Partei in Regierungsverantwortung und den die Grünen repräsentierenden Vertreter*innen im Kabinett eine klare und vernehmbare Haltung: Aufklärung der Straftaten, Stärkung der Präventionsarbeit zur Verhinderung solcher Ereignisse, aber ein klares laut vernehmbares Nein zu entgrenzten Ermittlungsmethoden, die eine Spaltung der Gesellschaft befördern. Die Straftaten sind unabhängig von der nationalstaatlichen Herkunft nach bestem Wissen und Gewissen aufzuklären. Wir sind fest überzeugt: Die Herkunft der Eltern darf in diesem Verfahren keine ermittlungserhebliche Rolle spielen.

Mit freundlichen Grüßen

Kreisvorstand Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Karlsruhe
Sophienstr. 58
76133 Karlsruhe
vorstand@gruenekarlsruhe.de